Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen [illegible] . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdba[ll] . Feuilleton . Das Bild der Woche

[illegible]

9. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 11. Februar 1933 — Nummer 30

Antifaschisten
wählt Kommunisten
Macht alles mobil zum
Massenbekenntnis für die
Liste 3

Staatsstreich offen angekündigt

KPD-Verbot noch kurz vor den Wahlen geplant . Arbeiter, Alarm! . Schützt eure Partei!

Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Wir erscheinen wieder auf Kampfposten, aber in Fesseln! In der Zeit des Verbots der Arbeiterstimme, in den ersten Tagen der Herrschaft des Hitler-Papen-Hugenberg-Kabinetts ist von der faschistischen Diktaturregierung ein regelrechter Drahtverhau konterrevolutionärer Paragraphen zwischen der revolutionären Presse, der Arbeiterstimme, und ihren Lesermassen errichtet worden.

Durch die vom Präsidentschaftskandidaten der „Eisernen Front", Hindenburg, unterzeichnete und von der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung erlassene Presse-Notverordnung, wird den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse die Möglichkeit gegeben, die kommunistische Presse in Fesseln zu legen und zu verbieten.

Zum Auftakt dieses rigorosen Unterdrückungsfeldzuges gegen die revolutionäre Presse wurden neben der Arbeiterstimme bereits 18 kommunistische Zeitungen verboten. Aber was kein Severing und kein Zörgiebel vermochte, wird auch einem Hitler, Frick und Papen nicht gelingen! Trotz aller Terrormaßnahmen gegen die KPD und ihre Presse, trotz aller Verbots- und Zuchthausparagraphen, trotz aller Fallstricke der Klassenjustiz, steht die kommunistische Presse auf Kampfposten.

Für uns gibts, wie bisher, nur eine Richtschnur unseres Handelns: Das Klasseninteresse des Proletariats und seines Befreiungskampfes!

Mag uns die Bourgeoisie durch ihre Gewaltmaßnahmen hemmen — zwingen kann sie uns nicht.

Wenn wir jetzt in unserer Sprache, in unserem Ton, den Fesseln der Pressenotverordnung „Rechnung tragen" müssen, dann [wir]d das dennoch in einer Art geschehen, in der uns die Arbei[ter]massen trotz dieses Terrors mit geschärftem Gehör verstehen. Jetzt gilt das Wort Lenins, das er im Vorwort zu seinem Buche: „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus" prägte:

„Die Schrift ist verfaßt im Hinblick auf die zaristische Zensur. Aus diesem Grunde war ich nicht allein gezwungen, mich streng auf die theoretische — insbesondere ökonomische — Analyse zu beschränken, sondern auch die wenigen politischen Hinweise mit der größten Vorsicht zu formulieren, andeutungsweise, gewissermaßen durch die Blume zu sprechen — durch die verfluchte Blume, zu der der Zarismus alle Revolutionäre verdammte, sobald sie die Feder in die Hand nahmen, um etwas „Legales" zu schreiben. . . .

Daß der Imperialismus den Vorabend der sozialistischen Revolution bedeutet . . darüber mußte ich in der „Sklavensprache" reden."

Wir wissen aber, daß Lenins Sprache dennoch nicht die Sprache der Sklaven ist, die sich unter das Joch fügen. Die Sklavensprache der Bolschewiki unter dem Zarismus hinderte sie vielmehr nicht, den Zarismus auf den Kehrichthaufen der Weltgeschichte zu werfen und auf dem sechsten Teil der Erde den Sozialismus aufzubauen!

Diese Tatsache ermuntert und ermutigt die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampfe. Wir mobilisieren die Werktätigen in Stadt und Land nach achttägigem Verbot angesichts der ungeheuerlichen und umfassenden faschistischen Angriffe zum Kampf in roter Einheitsfront!

Wir mobilisieren die Belegschaften für die Einheitslisten bei den Betriebsrätewahlen.

Wir mobilisieren die Massen für die Liste 3 bei den Reichstagswahlen, zum Massenbekenntnis für den Kommunismus.

Vorwärts im Kampf gegen Lohnraub und faschistische Diktatur gegen Unternehmerwillkür und Nazimordterror, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Die Stunde erfordert einheitliches Handeln!

Dresden, den 11. Februar 1933

Etwas mehr als zehn Tage ist das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg an der Macht. Diese zehn Tage haben jedem Werktätigen und klassenbewußten Arbeiter deutlich gezeigt, daß diese Regierung der offenen faschistischen Diktatur nur furchtbarste Unterdrückung für das arbeitende Volk übrig hat. Nachdem Hitler schon in seiner ersten Rundfunkrede und auch gestern wieder den Verbotskurs gegen die KPD ganz unverhohlen bekräftigte, verraten unsere Feinde ihre Pläne nun noch viel unzweideutiger.

Unter der Ueberschrift: „Zum letzten Male wählen" schreibt das Stahlhelmorgan vom 8. Februar, im Leitartikel:

„Bringt die Reichstagswahl den hinter der Regierung stehenden Gruppen die berühmten 51 Prozent — nun gut, dann wird die Form des Parlamentarismus vorläufig erhalten werden können, weil der Reichstag dann weise genug sein wird, sich selbst auszuschalten. Kommen die 51 Prozent nicht zustande, dann wird auch die Form des Weimarer Parlamentarismus zum Teufel gehen, weil auch für keine andere Regierung eine parlamentarische Basis im neuen Reichstag zu finden sein kann, also auf jeden Fall ohne Parlament regiert werden muß (!!) . . . Aber wir wollen schon heute keinen Zweifel darüber lassen, daß uns die Prozentzahlen des Wahlergebnisses für den weiteren Verlauf der Dinge völlig gleichgültig sind. Ob 40 oder 50 oder 60 Prozent: Ab 6. März muß und wird autoritär regiert werden."

Gleichzeitig mit dieser an Deutlichkeit nichts vermissenden Ankündigung eines Staatsstreiches am Tage nach der Wahl erfahren wir,

daß das Verbot der Kommunistischen Partei und die Kassierung ihrer Listen entgegen allen offiziellen Dementis noch vor der Wahl und zwar wenige Tage vor dem 5. März erfolgen soll.

Wer wagt es im Angesicht dieser das ganze Proletariat bedrohenden Entwicklung die Arbeiterschaft Deutschlands aufzufordern, „abzuwarten", bis daß die Hitler-Hugenberg-Papen „den Boden der Demokratie verlassen" haben? Das sind die SPD-, die ADGB- und die Reichsbannerführer.

Wer wagt es angesichts dieses bevorstehenden umfassenden faschistischen Angriffs dem Proletariat noch die freche Illusion aufzutischen, als bringe der sozialdemokratische Stimmzettel die Entscheidung gegen den Faschismus, aber die von den Kommunisten geforderte Einheitsfrontaktion der deutschen Arbeiterklasse eine „wilde Aktion von Spaltern der Klasseneinheit" sei? Die SPD-, die ADGB-, die Reichsbannerführer!

Die deutsche Bourgeoisie hat nicht deshalb die Führer ihrer faschistischen Massenorganisationen in die Regierung berufen, um sie nach den „Spielregeln der Demokratie" wieder abtreten zu lassen, wenn die Parteien der faschistischen Konzentration keine 51 Prozent der Stimmen erhalten. Schon am Abend der Preußenwahlen des vergangenen Jahres stand der bewaffnete Terrormarsch der braunen Goebbels-Bande auf Berlin auf der Tagesordnung. Glaubt ihr, daß sie nicht marschieren werden, wenn

So fängt Hitlers „Vierjahrplan" an:

Ungeheuerliche Zollerhöhungen

Hitler hat seinen Anhängern, als er noch nicht Kanzler war, versprochen, daß er sofort bei der Machtübernahme Arbeit und Brot schaffen werde. Anstatt Arbeit und Brot zu geben, versuchte Hitler in seiner Regierungserklärung seine Anhänger auf einen sagenhaften „Vierjahrplan" zu vertrösten, dessen Durchführung Not und Elend beseitigen sollen. Was dieser „Vierjahresplan" in Wirklichkeit ist, das beginnen jetzt die Maßnahmen der Hitler-Hugenberg-Diktatur zu zeigen.

Die Hitler-Hugenberg-Regierung hat am Donnerstag folgende ungeheuerliche Zollerhöhungen pro Doppelzentner in Kraft gesetzt:

für lebende Rinder	bisher 27,— Mark,	jetzt 50 Mark
für lebende Schafe	bisher 22,50 Mark,	jetzt 45 Mark
für lebende Schweine	bisher 27,— Mark,	jetzt 50 Mark
für Frischfleisch	bisher 45,— Mark,	jetzt 100 Mark
für einf. zuber. Fleisch	bisher 60,— Mark,	jetzt 150 Mark
für Schmalz	bisher 10,— Mark,	jetzt 50 Mark

Das bedeutet, daß auf ein Pfund aus dem Ausland eingeführtes Frischfleisch 50 Pfennig Zoll, auf ein Pfund Schmalz 25 Pfennig Zoll aufgeschlagen werden! Diese ungeheuerlichen Zölle werden eine solche Preissteigerung für diese wichtigen Lebensmittel bringen, daß sie für die breiten Massen des werktätigen Volkes, vor allem für die Arbeiter und Erwerbslosen, noch unerschwinglicher sein werden als bisher!

Die neuen Zollsätze bedeuten ferner vollständige Abdrosselung der ausländischen Fleischeinfuhr. Das werden die betroffenen kapitalistischen Länder zum Anlaß nehmen, verschärfte Maßnahmen gegen deutsche Industrieerzeugnisse zu treffen, was wieder eine Vergrößerung des deutschen Arbeitslosenheeres, verschärfte Not, vergrößertes Elend bedeutet. Vorteil von den Zollerhöhungen haben nur die Großgrundbesitzer, die infolge ihrer guten Beziehungen und starken Verkaufsorganisationen ihr Vieh zu erhöhten Preisen verkaufen, nicht aber die kleinen Bauern, die infolge des verschärften Massenelends ihre Waren noch weniger los werden als bisher schon.

Die Zollpolitik der Hermann Müller und Brüning, damals von den Nazis als „Systemwucher" bezeichnet, wird unter der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg verschärft fortgeführt.

Ihr proletarischen und werktätigen Nazianhänger! Da habt ihr euch sicher nicht die praktische Politik einer Hitlerregierung, eines National-„Sozialisten" vorgestellt! Ihr müßt erkennen, daß die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur weder Arbeit und Brot für die Erwerbslosen bringen, noch das Elend des gesamten werktätigen Volkes lindern wird. Wer mit Großagrariern und Großkapitalisten verbunden ist, kann nie und nimmer im Interesse der Ausgebeuteten handeln!

Den Kampf für Arbeit und Brot führt nur die Kommunistische Partei, die dafür von der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg verfolgt und terrorisiert wird, die dafür verboten werden soll. Deshalb kämpft mit uns unter Führung der KPD gegen die Reichen, für die Armen, gegen Zollwucher und Lebensmittelverteuerung! Her zur roten Einheitsfront, zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!

Ueber 50 Todesopfer einer schweren Explosionskatastrophe im Saargebiet

Gestern, kurz nach 18 Uhr, explodierte der große Gasbehälter des Neunkirchner Eisenwerkes, der ein Fassungsvermögen von 120 000 Kubikmeter besitzt und eine Grundfläche von 1550 Quadratmeter bedeckt mitsamt der gleichfalls zum Eisenwerk gehörigen Benzolfabrik. Nach den bisherigen Meldungen sind weit über 50 Todesopfer und mehrere tausend Verletzte zu beklagen. Diese Opfer kommen auf das Konto der Eisenhüttengewaltigen, die den Betrieb trotz ungeheurer Subventionsmittel, die ihnen zuflossen, nicht genügend sicherten und die infolge ständig neuer Massenentlassungen die Betriebssicherheit immer mehr verminderten.

Das Neunkirchener Eisenwerk gehört zum Otto Wolff-Konzern, der mit der Zustimmung der Nazis unlängst 7 Millionen Subventionen bekam. Dennoch wurde der Kurs rücksichtslosen Abbaues weiter gesteuert. Kein Pfennig wurde zur Verstärkung der betrieblichen Sicherungsmaßnahmen aufgewandt. Jetzt haben über 50 Menschen für eine rigorose Profitwirtschaft ihr Leben lassen müssen!

Die Explosionskatastrophe hat große Teile der Stadt Neunkirchen und auch zahlreiche Dörfer der Umgebung in Mitleidenschaft gezogen. Die Explosion, über deren Ursachen wir noch ausführlicher berichten, wurde bis nach Basel hinunter vernommen. Ganze Stadtteile mußten sofort wegen Gefahr der Gasvergiftung geräumt werden. Unter der Arbeiterbevölkerung herrscht große Empörung über die, durch deren Profitwirtschaft diese Katastrophe heraufbeschworen wurde.

SLUB
Wir führen Wissen.